

BI Steinwald sagt NEIN
Andreas Burger
Schulstr. 3
95679 Waldershof
a.burger@steinwaldsagtnein.de
oder Sir-Charles@gmx.de

Stellungnahme zum „NETZENTWICKLUNGSPLAN STROM 2025, VERSION 2015, 1. ENTWURF“

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit dem „NETZENTWICKLUNGSPLAN STROM 2025, VERSION 2015, 1. ENTWURF“ sind wir **nicht** einverstanden. Wir sprechen uns gegen den NEP 2025 aus.

Bezüglich der geplanten Netzausbaumaßnahmen DC5 und DC6 des Netzentwicklungsplans fordern wir Folgendes: Keinen Neubau der Trasse DC5G und DC5I Neubau/Ausbau der HGÜ-Verbindungen zwischen Wolmirstedt und Gundremmingen/Gundelfingen bzw. Isar (Seite 125)

bis ihre Notwendigkeit von unabhängiger Expertenseite zweifelsfrei belegt wird und zweifelsfrei eine gesundheitliche Belastung der Bevölkerung bei geplanten Freileitungen ausgeschlossen werden kann. Alle Planungen müssen in erster Linie **zum Nutzen der Bürger** erfolgen. Die Planungen dürfen nicht den europäischen Stromhandel als oberste Priorität haben und vor allem durch den deutschen Stromkunden bezahlt werden. Diese Leitung ist nicht für die Bevölkerung notwendig: Es wird keine Blackouts geben, obwohl die HGÜ-Leitungen bis zum Atomausstieg nicht fertiggestellt und betriebsbereit sind. Das DIW belegt: „Allgemein ist

festzuhalten, dass die Versorgungssicherheit Bayerns auch nach der Abschaltung der Atomkraftwerke 2022 nicht gefährdet ist.“^[1]

Die Energiewende ist ein Projekt der gesamten Gesellschaft, höhere Kosten, z. B. der (Erd-) Verkabelung müssen alle Bürger tragen, Freileitungen können nicht akzeptiert werden.

Bis 2035 soll über oben genannte Trassen überwiegend „Braunkohlestrom in Starkwindperioden“^[2] transportiert werden. Dieses belastet unsere CO₂-Bilanz, die sich aktuell in Deutschland negativ entwickelt, in einem nicht akzeptablen Umfang und steht im **Gegensatz zur Energiewende!**

Darüber hinaus fordern wir eine Verfahrensänderung!

Das Verfahren dieser Konsultation bezieht sich nur auf den Netzentwicklungsplan. Interessierte Bürger wollen bei einem sie so weitreichend betreffenden Thema, sich aber umfassender beteiligen. Jeder angeschriebene und angesprochene Netzplaner redet sich mit den Worten heraus, „*unter den gegenwärtigen gesetzlichen Vorgaben dürfen wir ... / müssen wir ... Wir können nur in diesen Rahmenbedingungen ...*“

Wir fordern deshalb ein gesellschaftlich breit verankertes Konzept zur Umsetzung der Energiewende. Wir fordern dafür eine dezentrale Energiewende in Bürgerhand.

¹ DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. 25

² DIW Berlin: Politikberatung kompakt 97, S. II

Punkt 1: Momentan planen die Netzbetreiber das zukünftige Stromnetz von Deutschland. Sie weisen auch die Notwendigkeit nach. Die BNA prüft die Anliegen und genehmigt diese. Eine Analogie sei uns hier zu schreiben gewährt: Stellen wir uns vor, ein einzelnes Straßenbau-Unternehmen übernimmt die Straßenplanung von Niedersachsen. Es werden neue Straßen geplant, egal ob es sie braucht. Irgendwelche Verkehrsaufkommen zu Rush-Hour-Zeiten bestätigen den Bedarf von Straßen. In Wirklichkeit braucht es diese Straßen nicht. Das kommt aber nicht aus dem Zahlenmaterial heraus. Die Aufsichtsbehörde betrachtet die Zahlen, und genehmigt die Mehrheit der Straßen. In der Aufsichtsbehörde ist es üblich, nach 10-15 Jahren Leitertätigkeit in die Public-Relations-Abteilung des Straßenbaubetriebs zu wechseln. Viele kommen auch von dort.

Leider sind in der BNA sehr viele ehemalige Mitarbeiter der Stromlieferanten/ÜNBs. Eine wirklich neutrale Instanz fehlt. Informationen von Institutionen wie das DIW und Netzwirtschaftliche Experten wie Herr von Hirschhausen werden mit fadenscheinigen Begründungen vom Tisch gewischt: Sie seien keine Netztechniker, obwohl sie viel mehr als nur eine Hand voll Bücher/Expertisen über dieses Thema veröffentlichten. Auch haben viele politische Entscheidungsträger sehr deutliche und einseitige Verbindungen zu den Energieriesen. Neben Herrn MdB Freese nennt das „Schwarzbuch Kohlepolitik“^[3] noch weitere 44 Mandatsträger. **Wer liefert und alles bezahlt bekommt, sollte nicht auch die Zukunft planen! Es wird sonst vor allem deren Zukunft!**

Punkt 2: Es gibt **keine Alternative Variante im NEP ohne die HGÜ-Trassen DC5 und DC6**. Es gibt basierend auf die Daten im NEP 2014 Studien, die einwandfrei belegen, dass es auch ohne die HGÜ-Trassen geht. Zum Beispiel eine Studie des efzn im Auftrag der Stadt Pegnitz und des „Vereins der Kommunen gegen die Gleichstromtrassen,“ einem Verein von ca. 100 Gebietskörperschaften entlang der ursprünglichen geplanten Routen der DC5/DC6 durch Bayern. Das Zahlenmaterial der Studie mit dem Titel „Szenarienerstellung und -berechnung zur Analyse von Transportkapazitäten“ fußt genau auf die Daten des NEP und zeigt mehrere Szenarien mit und ohne HGÜ-Trassen auf. **Die Studie ist im Anhang**. Eine Kurzfassung der Studie findet sich dahinter. *„Entgegen fachlich fundierter Stellungnahmen [efzn, DIW, FW, BUND, ...] und knapp 40'000 Stellungnahmen zum NEP 2024-2 wurde keine alternative Variante ohne Trassenneubau in den aktuellen NEP aufgenommen.“*^[4]

Punkt 3: Energiewende wird immer von politischer Seite in den Mund genommen. Es ist ein Euphemismus. Halbherzige Entscheidungen, die niemand wirklich wehtun sollten, schon gar nicht der Industrie, haben zu dem Strommarkt geführt, den wir jetzt haben. In Japan wird klar in den Medien kommuniziert: **Die deutsche Energiewende ist gescheitert**. Aus DIESEM Grund (Das gute deutsche Beispiel fehlt nun!) kehrt Japan zurück zum Atomstrom. Energiewende muss heißen: SPEICHER AUSBAUEN. Ganz breit in Technik und Typen gestreut! Am besten dort, wo Strom erzeugt wird und nicht sofort verbraucht werden kann.

Punkt 4: **Spitzenkappung sollte durch Speicher stattfinden.**

1. Variante Kurzzeitspeicher: Wenn sich der Einsatz von Kurzzeitspeicher für den Privatmann lohnt (unterschiedliche Vergütung von Strom bei unterschiedlichen Marktlagen und eine flächendeckende Verteilung in Privathand solcher Speicher) Benötigt es keine teuren HGÜ-Leitungen
2. Variante Speicher durch Elektrolyse, evtl. Methanisieren, evtl. LOHC-Technik u.v.m.:

³ <https://www.greenpeace.de/node/15022>

⁴ http://www.bund-naturschutz.de/presse-aktuelles/pressemitteilungen/artikel/brief-und-petition-fuer-die-buergerenergiewende-gegen-stromautobahnen.html?no_cache=1&cHash=9999fcabf6940f3fd9b587e29704b1d8

Dies sollte halbwegs dort geschehen, wo der Strom produziert wird, und ins Gasnetz eingebracht werden. Zusätzliche Gaskavernen und großtechnische Anlagen dieser Art sind einfacher zu bauen, finanzieren und durchzusetzen, volkswirtschaftlich sinnvoller als riesige Leitungen quer durch die Republik; außerdem kann man dafür Standorte nutzen, die auch Strominfrastruktur besitzen, wie z.B. alte Atommeiler. Das deutsche Gasnetz schafft einen gewissen Grad an Transport von zusätzlichem Gas. Bestehende Lieferverträge haben Vorlaufzeiten von ca. 20 Jahren, können aber angepasst werden. Auch eine erhöhte Wasserstoffmenge im Erdgas (bis 50%) ist historisch gesehen nichts Neues: Viele Stadtwerke hatten früher solch hohe Wasserstoffanteile,⁵ z.B. West-Berlin bis 1989^[6]

Volkswirtschaftlich gesehen, ist Abriegeln oder Redispatch nicht sinnvoll. Energie die gewonnen wurde, sollte auch eingesetzt werden können. Deshalb sind Speicher selbst bei Wirkungsgraden von 30% bei der Methanisierung die volkswirtschaftlich günstigere Lösung als teure, überdimensionierte HGÜ-Trassen wie die auf Seite 125 beschriebene Leitung DC5G, DC5I, DC6G, DC6I. Die laut NEP im Szenario A (S.96) und C (S.108) mit 2 GW und in den Szenarien B1 (alle drei) und B2 (S. 99ff) mit 2+2 GW dimensioniert sind.

Punkt 5: Volkswirtschaftliche Erwägungen müssen über netzpolitischen Erwägungen (Verfahrensweg) und betriebswirtschaftlichen Erwägungen stehen. Die ÜNBs planen für sich richtig. Eine Frage muss immer gestellt werden: Ist das auch das richtige für die gesamte Gesellschaft?

Punkt 6: Speicher müssen sich lohnen. Überschüssiger Strom ist da. Statt Redispatch und Abriegelung Erneuerbarer müssen vorhandene Pumpspeicher benutzt werden. Nach den bisherigen Marktregeln funktioniert das nicht mehr. Viele der Pumpwasserspeicher in unserer Region überlegen, ihren Betrieb einzustellen, oder stellten diesen bereits teilweise ein! Die Marktregeln müssen wieder speicherfreundlich werden und die Speicher müssen sinnvoll genutzt werden. Das ist Energiewende!

Punkt 7: Die Konsultation ist eine Scheinbeteiligung für Bürger. Die tatsächliche Teilnahme der Bürger im Gegensatz zur Industrie ist nicht gewollt. Dies ist im ganzen Verfahren ersichtlich, seitdem die HGÜs ans Licht gekommen sind. Seitdem gibt es beispielsweise viel mehr Fremdwörter in Texten, die vorher nicht vorkamen: Redispatch, Stakeholder, Sensitivitäten ... Auch wirkliche Gespräche mit Bürgern in den Regionen werden nicht mehr gemacht, seitdem im Januar 2014 einiges schief gelaufen ist. Ein Vortrag im unbetroffenen München an einem Wochentag ersetzt keinesfalls den Informationsbedarf im ganzen Land! Wir arbeiten alle. Wir haben Familien. Um deren Wohl geht es auch. Es wird sich zeigen, dass auch dieses Mal keiner eine wirkliche Beteiligung vorsieht, dies wird sich darin zeigen, dass uns als Bürgerinitiative sicherlich kein offizieller Leser der Konsultation zurückmailt, um dieses Argument zurückzuweisen. Somit wird bewiesen werden, die Aktion ist ein PR-Gag.

Punkt 8: Die ganze Infrastruktur wird an Offshore-Strom und Pumpstrom aus Norwegens Fjorden gekoppelt. Im Bereich Südlink mag das vielleicht auch stimmen. Die Trasse DC5/DC6 wird aber ebenfalls an den Offshore-Strom angeschlossen. Auf Seite 91 ist auch der Anschluss von Baltic1 im Anschlussgebiet Bentwisch/Güstrow eingezeichnet. In alten NEP war hier auch der Anschluss von neuen Leitungen aus Russland vorgesehen. Durch die Gefahr, dass europäische Atomkraftwerke in direkter Konkurrenz stehen, werden russische (geplant: AKW Kaliningrad vor allem für deutschen / europäischen Markt), tschechische,

⁵ Nachzulesen z.B. unter <http://www.dvgw-innovation.de/fileadmin/dvgw/angebote/forschung/innovation/pdf/1312matthes.pdf>

⁶ Quelle: Ein Energieberater, gebürtig aus Berlin

französische und zukünftig auch polnische/litauische Atomkraftwerke versuchen, wo es geht einzusparen. Dabei darf nicht an Sicherheit gespart werden. Sind große Stromautobahnen vorhanden (DC5 und DC6 mit direkter Einspeisemöglichkeit in Güstrow via P34 und P215), so stehen sie in direkter Konkurrenz!

Konkret zum NETZENTWICKLUNGSPLAN STROM 2025, VERSION 2015, 1. ENTWURF wollen wir auch Lob aussprechen: Die Einplanung der CO₂-Senkung haben Sie erwähnt. Aber Sie schreiben auf Seite 54: „Eine Emissionsminderung in Deutschland hätte aber wahrscheinlich einen sinkenden CO₂-Preis in Europa zur Folge.“ Die frei werdenden Zertifikate sollten vernichtet werden, nicht verkauft; verknappt wird das Emissions-Volumen im Laufe der Zeit eh. Dadurch verknappt sich das Angebot und der erhoffte Effekt CO₂-Reduzierung greift. Wir denken, der CO₂-Preis in Europa steigt dadurch sogar mit dieser Maßnahme!

Auf der Webseite des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V.^[7] kann man nachlesen, dass 2011 noch 10,5 TWh, und 2012 noch 9,2 TWh Energie aus Gas in Bayern zu Strom wurden. Hier kann man sehen, dass bayrische Gaskraftwerke aufgrund der Marktregeln immer weniger produzieren können. Beispielsweise war im Jahr 2012 der für wenigstens 4000 Betriebsstunden pro Jahr ausgelegte Block 4 des Kraftwerks Irsching nur 2000 Stunden am Netz. Der Betrieb gilt angesichts niedriger Börsen-Strompreise als nicht kostendeckend.^[8] Da der Strommarkt aber neue Regularien bekommt, wie im Grünbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Januar/Februar 2015 beschrieben wurde – den wir auch kommentierten ^[9] – und mit dem Strommarkt 2.0 am 4. November 2015 gesetzlich beschlossen wurde, wird sich einiges im Bereich Stromproduktion ändern:

Einerseits werden „in der Netzreserve [...] seitens der Betreiber zur Stilllegung vorgesehene, aber systemrelevante Kraftwerke zur Überbrückung von Netzengpässen außerhalb des Strommarktes vorgehalten“, andererseits werden „um gleichzeitig das nationale Klimaschutzziel für 2020 zu erreichen, [...] ab 2016 Braunkohlekraftwerke schrittweise aus dem Markt genommen und vorläufig stillgelegt. Dies betrifft Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 2,7 Gigawatt; dies entspricht 13 Prozent der gesamten in Deutschland installierten Braunkohlekraftwerkskapazität.“^[10]

Mit mehr Stromproduktion aus Gas in Süddeutschland (gekoppelt mit der Speicherung von Energie durch Befüllung des Gasnetzes) kann man auch ohne efzn-Gutachten aus dem NEP herausrechnen, dass einige HGÜ-Trassen nicht notwendig sind.

Im Szenario B1 Seite 69 wird Bayern 2025 7,5 TWh Energie aus Gas produziert (vgl. Seite 68 Szenario A: 8.8TWh; im Absatz vorher haben wir beschrieben, in welchem Maß die Energieproduktion bisher zurückgefahren wurde). Die Deckungslücke in Bayern wird als Importbedarf auf Seite 66 im den Szenarien A und B1 genannt: 35% / 29 TWh. Rüstet man Bayern (als Gedankenspiel) an den Standorten von Atomkraftwerken mit 6 Gaskraftwerken á 3,6 MW (das entspricht 2xIrsching mit 4000h Laufzeit) auf, so dass damit eine Energiegewinnung wie in wie in NRW stattfindet (25,4 TWh, S. 69, Sz. A), so sinkt der Importbedarf auf 14,6 TWh, das sind 12,1% landesweit. Des weiteren brächte in Baden-Württemberg eine Aufstockung von 10%-Punkten am Energie-Mix Gas in Szenario A und B1

⁷ http://www.vbew.de/fileadmin/Daten/datei_anhaenge/V_452_EfB/452_2013_EfB_Web.pdf

⁸ J. Flauger, A. Höpner: Die Abrechnung. In: Handelsblatt. 8. Juli 2013, S. 4.

⁹ <http://www.steinwaldsagtnein.de/node/70>

¹⁰ <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>


eine Minderung des Defizits: von 20% / 15,2 TWh Import bzw. 21% / 16,3 TWh auf: von 10% / 7,6 TWh Import bzw. 11% / 8,5 TWh.

Drehte man an der Stellschraube Gas –oder-Braunkohle-und-HGÜ-Trassen, bräuchte es die Trasse DC5, DC6 und womöglich auch den Südlink nicht. Hier sollte man dem Gesetzestext folgen: „Durch das Strommarktgesetz werden die Rahmenbedingungen geschaffen, um die Stromversorgung volkswirtschaftlich kosteneffizient und umweltverträglich weiterzuentwickeln sowie die Versorgungssicherheit bei der Transformation des Energieversorgungssystems zu gewährleisten.“^[11]

Mit der Veröffentlichung meiner Stellungnahme bin ich einverstanden:


JA

NEIN



1. Sprecher Waldershof
Andreas Burger
Schulstr. 3
95679 Waldershof
a.burger@
steinwaldsagtnein.de

BÜRGERINITIATIVE
Steinwald sagt „NEIN“ ...
zur MONSTERTRASSE



1. Sprecher Neusorg
Martin Wittmann
Wernersreuth 12
95700 Neusorg
m.wittmann@
steinwaldsagtnein.de

¹¹ <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/E/entwurf-eines-gesetzes-zur-weiterentwicklung-des-strommarktes,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>